

Alfred Hilbe griff das Wort von den Untiefen in einem Zeitungsartikel auf und warnte vor einem EWR-Beitritt. Hätte es damals bereits die Wahl des Unworts des Jahres gegeben, so wäre, wie der Jubilar später ausführte, «Untiefen» zu diesem Unwort geworden. In der Folge organisierte die Regierung eine Veranstaltung im historischen Pfarrhaus zu Bendern, an der ich als Hauptredner auftrat. Der Saal war zum Bersten voll. Ich präsentierte meine Thesen, und dann stellte man mir den späteren Hamburger Professor Thomas Bruha als Korreferenten gegenüber. Bruha vertrat als Völkerrechtler die Auffassung, die Steuerhoheit eines EFTA-Staates dürfe nicht über das EWR-Beihilferecht in Frage gestellt werden, hier gehe es um die Souveränität. Ich blieb bei meinem wirtschaftsrechtlich motivierten Standpunkt.

EWR-Beitritt Liechtensteins

Trotzdem stimmten am 13. Dezember 1992 rund 56 Prozent der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner für den Beitritt zum EWR. Aufgrund des Abseitsstehens der Schweiz wurden in der Folge eine Neuverhandlung des Zollvertrags und eine entsprechende Anpassung des EWR-Abkommens notwendig. Nach dem erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen legte die Regierung von Dr. Mario Frick dem Volk das Anpassungsprotokoll zum EWR-Abkommen am 9. April 1995 zur Abstimmung vor. In der Bevölkerung wurde das als «zweite EWR-Abstimmung» wahrgenommen. Für die Pro-Kampagne verfasste ich im Auftrag einer Gruppe von Industriellen unter Mitarbeit des Vaduzer Unternehmers Dr. Fritz Ospelt die Studie «Das Fürstentum Liechtenstein vor der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum». Zur «Untiefen»-Kontroverse merkte ich an, dass die besonderen Gesellschaftssteuern auch nach Art. 23 Abs. 1 Ziff. iii des Freihandelsabkommens Schweiz–EWG von 1972, an dem Liechtenstein über ein Protokoll teilnahm, unzulässig sein könnten. Die Vorlage wurde wiederum mit rund 56 Prozent der Stimmen angenommen. S. D. Fürst Hans-Adam II. betonte die integrationspolitische Bedeutung der Teilnahme Liechtensteins am EWR und Regierungschef Mario Frick sprach von einer «Entscheidung der Weitsicht und Offenheit» (Liechtensteiner Vaterland, 10. April 1995).